

Wet suwet en: Amnistie Internationale erklärt ersten kanadischen Gefangenen

Amnesty International erkennt erstmals einen politischen Gefangenen in Kanada an: Adam Gagnon, der gegen den Gaspipeline-Bau protestierte.

In einer bedeutenden Entwicklung hat Amnesty International eine Person in Kanada als politischen Gefangenen anerkannt. Dies geschah in dem Fall von Adam Gagnon, auch bekannt als der Chef Dsta'hyl des Likhts'amisyu-Clans der Wet'suwet'en-Nation, der wegen Verachtung des Gerichts verurteilt wurde.

Die Umstände der Verhaftung

Dsta'hyl wurde verurteilt, weil er sich öffentlich und absichtlich gegen eine gerichtliche Anordnung widersetzt hat, die ihm verbot, sich dem Bau des Coastal GasLink-Pipelines zu nähern. Diese Entscheidung des Gerichts wurde am 3. Juli 2024 in Smithers, British Columbia, getroffen und beinhaltet eine 60-tägige Haftstrafe mit Hausarrest. Laut dem Richter Michael Tammen verursachte Gagnons Verhalten erhebliche Störungen für die Bauarbeiten.

Die Wichtigkeit des Falls

Diese Anerkennung als Gefangener des Gewissens ist nicht nur für die betroffenen Individuen von Bedeutung, sondern hat auch weitreichende Implikationen für die Rechte der indigenen Völker in Kanada. Ana Piquer, Regionaldirektorin für die Amerikas bei Amnesty International, äußerte, dass der Fall Gagnon aufzeigt, wie Kanada sich auf die Liste der Länder gesellt, in denen

politische Gefangene hinter Gittern oder unter Hausarrest gehalten werden. Die Organisation fordert daher die sofortige und bedingungslose Freilassung von Dsta'hyl.

Die Unterstützung durch die Gemeinschaft

In einem Interview drückte Adam Gagnon aus, dass die Auszeichnung als Gefangener des Gewissens für die First Nations long overdue sei. Er betonte, dass die Wet'suwet'en seit über 130 Jahren unterdrückt und in Reservate gezwungen wurden. Gagnon sieht es als seine Pflicht an, für den Schutz seines traditionellen Territoriums zu kämpfen, während er skeptisch hinsichtlich der Absichten der Bundesregierung bleibt.

Ein übergreifendes Problem

Amnesty International hat kürzlich einen Bericht veröffentlicht, der die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen durch die kanadische Polizei und TC Energy, das Unternehmen hinter dem Pipelinebau, anprangert. Die Organisation steht auch in Kontakt mit drei weiteren Wet'suwet'en-Mitgliedern, die auf ihre Verhandlung wegen ähnlicher Anklagen warten.

Zukunftsperspektiven für das Recht auf Selbstbestimmung

Amnesty International und verschiedene Unterstützer fordern ein Umdenken in der Politik gegenüber den indigenen Völkern in Kanada. Gabrielle Pauzé, Direktorin der Operations für Amnesty International Kanada francophone, hat sich direkt an Premierminister Justin Trudeau gewandt, um die sofortige Freilassung von Dsta'hyl zu fordern. Die Verurteilung wird als Verstoß gegen die kanadische Charta der Rechte und Freiheiten sowie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte angesehen.

Insgesamt demonstriert dieser Fall die wachsende internationale Aufmerksamkeit für die Rechte der indigenen Völker und die

Notwendigkeit einer fairen Behandlung in Übereinstimmung mit den Menschenrechten. Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Fall weiter entwickeln wird, während immer mehr Menschen auf die Anliegen der Wet'suwet'en aufmerksam werden.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de